

*Zur Debatte linker Programmatik : Demokratie und individuelle Freiheitsgüter
Text für den Basiskonvent der LINKEN Sachsen-Anhalt, 17. Sept. 2010*

Einer der Hauptkritikpunkte am ersten Programmentwurf ist die mangelnde Wertschätzung demokratischer Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft. Wir kritisieren ein Verständnis von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, das dieses als Automatismus beschreibt. Der Prozess der Demokratisierung als sozialistischer Transformationsansatz bleibt unterbelichtet.

Es heißt einerseits: „Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die sich auch auf wirtschaftliche Entscheidungen erstreckt und sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.“

Daneben stehen undifferenzierte Zuspitzungen des Entwurfes wie „Wo der Profit regiert, bleibt kein Raum für Demokratie.“

- I. Jede programmatische Geringschätzung demokratischer Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft führt die LINKE in strategische Politikunfähigkeit. Dies gilt direkt für die Nutzung eben dieser Potentiale in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Zum anderen wird die Verteidigung demokratischer Potentiale gegen deren Abbau oder Aushöhlung ohne deren Wertschätzung unglaubwürdig.
- II. Es gibt keinen Automatismus von sozial gleichen Teilhabebedingungen und tatsächlich möglicher demokratischer Teilhabe. Die verkürzte Formel „individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit (...) durch soziale Gleichheit der Teilhabe(...)“ (Entwurf, Präambel) behauptet jedoch genau diesen Automatismus. Unstrittig ist, dass demokratische Teilhabe der/des Einzelnen ihre sozialen Grundlagen braucht, und dass die LINKE gegen soziale und kulturelle Ausgrenzung auch wegen derer antidemokratischer Dimension kämpft. Die Frage nach Verteidigung und radikaler Erneuerung der Demokratie darf sich darin jedoch nicht erschöpfen.
- III. Demokratie und demokratische Potentiale einer Gesellschaft bedingen institutionalisierte Mechanismen von Interessenvertretung und Interessenausgleich, von demokratischem Umgang von Mehrheiten und Minderheiten. Diese aber müssen ihre Grundlage in unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechten haben. Der und dem Einzelnen muss ein individueller Kernbereich an persönlichen Rechten gehören, der durch keine politische und/oder staatliche Zwecksetzung eingeschränkt werden darf.
- IV. Sozialistische Programmatik muss von der Frage ausgehen, welche sozialen, ökonomischen, kulturellen und demokratischen Bedingungen der und die Einzelne notwendig braucht, um die Bedingungen der eigenen Existenz selbstbestimmt beherrschen zu können. Die und der Einzelne als gesellschaftliches Individuum ist uns Maßstab.

Formationstheoretische Wunschzettel beschreiben ein Politikverständnis, das die Vielschichtigkeit von politischen Prozessen und Zusammenhängen auf die Ablösung einer Gesellschaftsformation durch die andere – gleich einem Geschichtsplan - reduziert. Die notwendige politische Gestaltung der Gegenwart droht, in die Zukunft verlagert zu werden – in eine Zukunft, die sich der kritischen Auseinandersetzung in der Gegenwart entzieht. Das führt tendenziell

zu Einseitigkeiten und zu einem Denken in Schwarz—Weiß-Kategorien. Letztlich schränkt es politisches Eingreifen in eine komplexe Gesellschaft ein.

V. Der programmatische Blick auf die und den Einzelnen in den Bedingungen seiner Existenz ermöglicht der LINKEN, Prozesse der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche als Weg sozialistischer Transformation zu beschreiben. Formationstheoretische Systemwechsel-Beschreibungen hingegen bleiben in ihrer Fixierung auf die (national-)staatliche Ebene letztlich hinter diesem Anspruch zurück. Wirkliche Radikalität transformatorischer Ansprüche verkürzt sich in ein nebulöses Ziel wo es praktischer Wege bedarf.

VI. Mit der Geringschätzung demokratischer Freiheitsgüter (oder deren Reduktion auf ihre sozialen Bedingungen) korrespondiert die Geringschätzung der Geschichte der PDS im 1. Kapitel des Programmentwurfes. Wer der PDS lediglich zugesteht, eigenständige Kraft und Vertreterin von Ost-Interessen gewesen zu sein, ignoriert nicht nur ihre praktischen politischen Erfolge auf kommunaler, Landes- und Bundesebene – und damit ihre programmatischen Erfahrungen von Politikfähigkeit. Vor allem wird ignoriert, dass es die PDS war, die die wichtigste programmatische Neubestimmung der Linken in Deutschland nach dem Ende des Staatssozialismus und in Aufarbeitung dieser Erfahrungen formuliert hat:

Eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Debatten um eine programmatischen Neubestimmung ist, dass soziale Gerechtigkeit und individuelle wie gesellschaftliche Freiheit zwingend miteinander und nicht mehr gegeneinander oder nachrangig zu betrachten sind. Damit knüpfte linke Programmatik in Deutschland wieder bei Rosa Luxemburg an und eröffnete zugleich moderne linke Perspektiven ins 21. Jahrhundert.

VII. Die programmatische Wertschätzung und die praktisch-politische Verteidigung individueller Freiheitsgüter gegen antidemokratische Bestrebungen beschreibt notwendigerweise das Selbstverständnis der LINKEN als antifaschistische Partei.

VIII. „DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, die jedem ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht. Wir vertreten einen Demokratieansatz, der mit den Freiheitsrechten verknüpft ist und auf soziale Gerechtigkeit sowie umfassende Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen abzielt. Eine lebendige Demokratie erfordert vor allem transparente Strukturen von Staat und Politik, eine wirkliche gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, die allgemeine und umfassende Zugänglichkeit von Informationen, die nachteillose Möglichkeit der Minderheitenposition, die Hinterfragung der politischen Praxis auf ihren tatsächlichen demokratischen Gehalt, die Kontrolle staatlicher Institutionen, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und nicht zuletzt auch den Schutz und die Verteidigung der Demokratie. Für uns gewinnt Demokratie ihren Gehalt aus dem Zusammenhang von sozialen und politischen Rechten. [...] Wir wollen neben dem „Markenzeichen“ der LINKEN, der sozialen Gerechtigkeit, die Frage der politischen Rechte, mithin der demokratischen Gesamtverfassung unserer Gesellschaft, gleichberechtigt in die Politik von Partei und Fraktionen einbringen. Erst durch diese Verknüpfung wird unsere Kapitalismuskritik zu einer linken.“ (Aus: Beschluss des Landesparteitages der LINKEN Sachsen-Anhalt, Sept. 2008)